

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 29

Artikel: Die chinesische Wirtschaft im Konflikt mit der Sowjetunion : im Sprung stecken geblieben

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076886>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die chinesische Wirtschaft im Konflikt mit der Sowjetunion:

IM SPRUNG STECKEN GEBLIEBEN

Wenn die marxistische These von Basis und Ueberbau zutreffen soll, so muss der «ideologische» Streit zwischen China und der Sowjetunion auch seine wirtschaftliche Entsprechung, ja sogar seine wirtschaftliche Grundlage haben. Sie ist vorhanden: Die Sowjetunion ist eine Industriemacht, China ein Entwicklungsland. Die Partnerschaft hat schon gar nicht die gleichen Voraussetzungen. Kann sie die gleichen Ziele haben? Die Sowjetunion hat den wirtschaftlichen Wettbewerb mit den entwickeltesten westlichen Industrieländern zum eigentlichen Ueberlegenheitsbeweis seines Systems erklärt. China will durch gewaltsame Industrialisierung innerhalb weniger Jahre eine vollwertige kommunistische Wirtschaft mit dem berühmten «Sprung nach vorne» erreichen. Das kann es mit seinen 700 Millionen Einwohnern nur, wenn die Sowjetunion mit ihren 200 Millionen Menschen ihr eigenes Ziel zurückstellt. Und die UdSSR kann ihr eigenes Ziel nur erreichen, wenn China seine eigenen Aufbauansprüche zurückstellt. Und genau das hat es in den letzten drei Jahren tun müssen. Der zweite Fünfjahresplan (ab 1958) ist mitten im «grossen Sprung» stecken geblieben. Und ebenfalls seit drei Jahren hat die sowjetische Hilfe abgenommen. Ob die Entwicklung zurückgeblieben ist, weil die sowjetische Unterstützung ausfiel, oder ob die sowjetische Unterstützung ausgefallen ist, weil die chinesische Entwicklung zurückfiel (d. h. weil Moskau das Defizit des forcierten chinesischen Weges zum Kommunismus nicht tragen wollte und konnte), ist relativ unerheblich. Eines wirkt auf das andere, und über allem wirkt der Anspruch, den sowohl die Wirtschaftsgrossmacht mit viel Erfahrung als auch die Bevölkerungsgrossmacht mit viel Zukunft auf die Führung im kommunistischen Lager erheben.

Interne und externe Gründe

scheinen bei der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft der letzten fünf Jahre genau parallel zu verlaufen. Der erste Fünfjahresplan (ab 1953, Stalins Todesjahr übrigens) hatte zu einem steilen Aufstieg der industriellen Kapazität des Landes geführt. Der zweite Fünfjahresplan stand zu Beginn unter der euphorischen Bezeichnung des «Sprungs nach vorne». Er sollte die Richtigkeit des chinesischen Weges beweisen. 1958 wurden die Volkskommunen im ganzen Lande eingeführt, die Gesellschaftsform des spezifisch chinesischen Kommunismus hatte begonnen. Aber bereits zwei Jahre später war der wirtschaftliche Fehlschlag des Systems evident geworden. Es musste in wesentlichen Aspekten zurückgenommen werden; die Stadtkommunen gingen darnach praktisch überhaupt ein. 1959 ist das letzte Jahr, in welchem China verhältnismässig vollständige Wirtschaftsstatistiken veröffentlichte. Im nächsten Jahr war der Höhepunkt überschritten. Und die darauffolgenden Jahre waren durch ein Hauptmerkmal gekennzeichnet: den Hunger. Eine interne Begründung, das Versagen des Systems, ist also leicht zu entwerfen und schwer zu bestreiten.

Um so auffälliger ist die genaue Parallele im Rückgang der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion. Das Volumen des Warenaustausches hatte zunächst von 1252,7 Millionen Rubel im Jahre 1952 auf 1849,4 Millionen im Jahre 1959 zugenommen. Dann ging es zurück: Es betrug 1960 noch 1498,7 Millionen und im folgenden Jahr nur 826,9 Millionen Rubel. Noch auffälliger veränderte sich der sowjetische Export in qualitativer Hinsicht: Die Produkte für den Industrieaufbau gingen fast auf den Nullpunkt zurück. Auch hier stellt also das Jahr 1959 die Peripetie dar. Der chinesischen Wirtschaft ging es im gleichen Masse schlechter, als die sowjetische Hilfe zurückblieb. Und die Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten entspricht genau dieser Entwicklung.

Die Entwicklung der Wirtschaft

Das Verhältnis zwischen der chinesischen wirtschaftlichen Entwicklung und der sowjetischen Hilfe ist einer Betrachtung wert, so schwierig auch die Analyse sein mag.

Rotchina hat laut Quellen der KPCh seit seinem Bestehen 1949 bis zum Beginn des Jahres 1960 seine Stahlproduktion von 158 000 auf 18,45 Millionen Tonnen gesteigert, seine Kohlenproduktion von 32,4 Millionen auf über 400 Millionen Tonnen, seine Roheisenproduktion von 252 000 auf 27,5 Millionen Tonnen, seine Erdölproduktion von 121 000 auf 5,5 Millionen Tonnen, seine Elektroenergie von 4,3 Milliarden auf 55,5 Milliarden kWh. Nun gelten die chinesischen Statistiken nicht als zuverlässige Unterlage, aber die allgemeine Wachstumsrate der wirtschaftlichen Macht bleibt imponierend. Wie weit war dafür die sowjetische Hilfe überhaupt massgebend?

Während der Jahre 1949 bis 1952 befassten sich die neuen Machthaber in erster Linie mit Reorganisation, Verstaatlichung und Landreform (siehe geschichtlicher Teil). Der Eintritt in die offizielle Planwirtschaftsperiode begann am 1. Januar 1953 mit dem ersten Fünfjahresplan. Er brachte für die Bevölkerungsmassen, auf deren Rücken er durchgeführt wurde, unglaubliche Ueberforderungen, aber er war machtpoli-

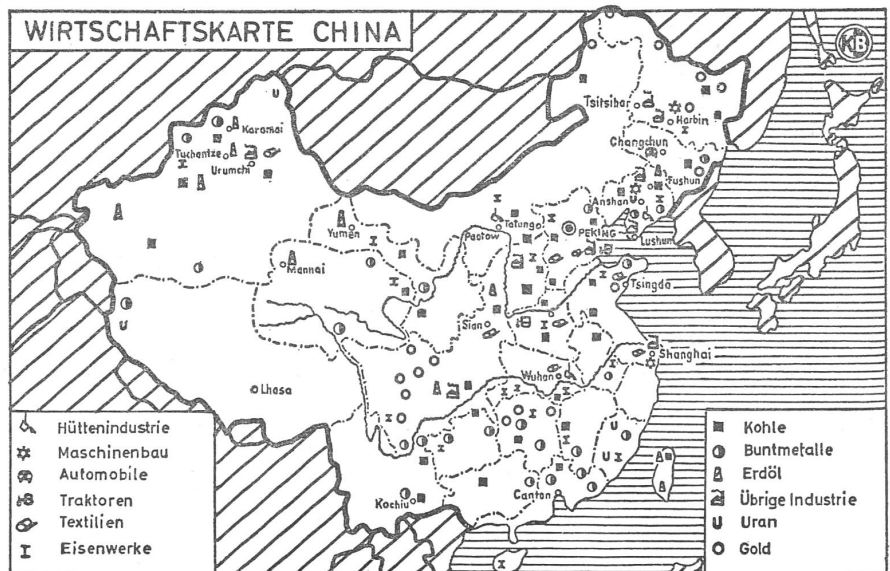
tisch erfolgreich. Nach den Angaben Pekings stieg in diesem Zeitraum die Industrieproduktion um mehr als das Fünffache auf einen Wert von 78,4 Milliarden Yuan (1 Yuan ungefähr gleich 2 Franken). China stieg in der Stahlproduktion der Welt vom 26. auf den 9. Platz, in der Roheisenproduktion kam es an die 7. Stelle gegenüber der 23. Stelle usw. Baumaterialien- und Maschinenindustrie verzeichneten gewaltige Aufstiege.

Der sowjetische Anteil daran ist gross. Die KPCh hat für die Periode zwischen 1949 und 1957 sowjetische Kredite in einem Gesamtwert von 2,2 Milliarden Dollar zugegeben. 1953 verkündete die KPCh die sowjetische Zusicherung zur Teilnahme am Bau von 91 neuen und zur Renovation von 50 bestehenden Grossunternehmen. Ein Jahr später wurden Kredite für zusätzliche 15 Projekte bewilligt. Diese 156 Unternehmen umfassten praktisch alle Sparten der Schwerindustrie: Stahlwerke, Bergwerke, Maschinenbau, chemische Industrie, Flug-, Automobil- und Traktorwerke. Moskau sollte dazu nicht nur die Ausrüstung liefern, sondern auch die Entwürfe und technisches Betriebspersonal.

1955 stellte die Sowjetunion die Einrichtung von weiteren 55 Grossunternehmen in Aussicht. Die Ironie will es, dass als Betriebsjahr für die letzten Bauten 1963 vorgesehen war. Zwischen 1949 und 1959 reisten 10 800 sowjetische Techniker nach China, zu denen noch 1500 aus den europäischen Volksdemokratien stiessen.

Das sowjetische Exportprogramm war gleichzeitig auf die chinesische Industrialisierung zugeschnitten. China erhielt Kapitalgüter und exportierte dafür Konsumgüter und Rohmaterial. Bis 1957 kamen 57 Prozent der chinesischen Stahlproduktion und 50 Prozent der chinesischen Kohleproduktion aus sowjetisch erbauten Unternehmen.

Obwohl nach der Einführung der Volkskommunen 1958 bereits ideologische Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Peking auftraten (anhand ihrer eigenen Erfahrungen in den zwanziger Jahren betrachteten die Sowjets das Experiment als gefährlich; überdies fasste Moskau die Einführung dieser «vollkommunistischen» Lebensform in einem so frühen Stadium als Ueberheblichkeit auf), anerkannte die KPCh noch im September 1959 durchaus die führende Rolle, die den sowjetischen Lieferungen für den Aufbau Chinas zukam: So schrieb die «Peking Review» am 22. 9. 1959: «Für Chi-



nas nationalen Aufbau ist der Handel mit der Sowjetunion von grösster Wichtigkeit (immensely important) gewesen... Die 166 Grossunternehmen, die seit dem ersten Fünfjahresplan mit sowjetischer Hilfe gebaut wurden, sind grossenteils betriebsfertig. Zur ersten Grundlage der Industrialisierung und zum grossen Sprung nach vorn haben sie einen grossen Beitrag geleistet.»

Der zweite Fünfjahresplan

sollte diesen grossen Sprung nach vorne noch deutlicher manifestieren. Die Priorität der Schwerindustrie vor der Leichtindustrie, ein allgemeines Merkmal der kommunistischen Planwirtschaft wurde überbetont (Verhältnis 7:1 bei den Investitionen). Die Bevölkerungsbedürfnisse wurden noch stärker zurückgestellt, die Arbeitsdisziplin durch Kontrollsysteme extremer Art (siehe Beitrag «Erziehung zum Kollektiv») verschärft. Dann wurden die Volkskommunen in der gesamten Landwirtschaft eingeführt und wenig später wenigstens ansatzweise auch die städtischen Volkskommunen. Aber die Fehlschläge stellten sich sozusagen von Beginn weg ein: schon 1959 und dann eindeutig 1960 wurde klar, dass die forcierte Einführung eines total-kollektiven Wirtschaftssystems recht unvermittelt in eine Krise geführt hatte. Dann folgten die schlechten Ernten von 1960 und 1961, und Chinas Sorgen waren schon nicht mehr die Errichtung einer industriellen Grossmacht, sondern der Kampf gegen den Hunger. China musste seine Devisen brauchen, im Ausland Lebensmittel und Getreide einzukaufen (exportierte aber trotz der Hungersnot selber Reis und Getreide).

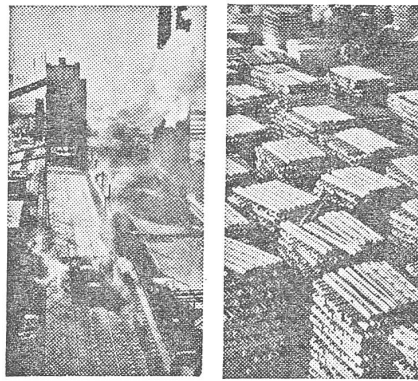
Wie verhielt es sich in dieser kritischen Periode mit der chinesischen Wirtschaftshilfe? Vorerst nahm sie zu. 47 grössere Industrieunternehmen 1958 und 78 im folgenden Jahr (Metallurgie, Oelverarbeitung, Kohlenwerke) sollten mit «technischer Unterstützung» der UdSSR errichtet werden. Das Handelsvolumen wurde grösser als je.

Ab nächstem Jahr sank es um so rapider. 1960 betrugen die sowjetischen Exporte 84,8 Prozent und 1961 noch 38,1 Prozent des Niveaus von 1959. Aber noch kennzeichnender war der Wandel in den Warensorten. Der Maschinenexport sank auf ein Fünftel seines vorherigen Ausmasses. 1960 erhielt China 1579 Traktoren, 1159 Automobile, 13 666 Lastwagen. Für das folgende Jahr lauten die Zahlen 33, 30 und 710!

1962 waren Chinas Einkäufe, nicht nur der Sowjetunion gegenüber, vor allem auf Nahrungsmittel ausgerichtet. Uebrigens war die «brüderliche Hilfe» der Sowjetunion diesbezüglich klein genug: Als sie 1961 überhaupt einsetzte, belief sie sich auf je 100 000 Tonnen Weizen, Roggen und Mehl, während die Nato-Staaten zur gleichen Zeit 1,9 Millionen Tonnen Getreide bezogen! Kapitalistische Valuten sind eben doch begehrter. Im Lichte dieser Zahlen kann man ohne weiteres annehmen, dass der chinesische Vorwurf, die KPdSU paktiere mit den Kapitalisten, erst in zweiter Linie ideologisch gemeint ist, obwohl immer von Ideologie die Rede ist.

Wieviele gegenseitige Verpflichtungen die Partner in den letzten Jahren fallen gelassen haben, ist eine andere Frage. China spricht von Hunderten von gebrochenen Verträgen. Und das zwischen «brüderlichen» Staaten. Was für eine Vertragsmoral erwartet eigentlich bei solchen Zeugnissen die «kapitalistische» Welt?

Die europäischen Volksdemokratien wurden in diese Handelspolitik miteingespant, was schon aus dem Aussenhandel dieser Länder nachweisbar ist. China wurde auch in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon)



Steil war der Aufstieg der Industrie bis 1959 — nicht zuletzt dank sowjetischer Hilfe. Chemieproduktion (links) und Maschinenbau (rechts) wurden als Schlüsselindustrie forciert. Heute ragt die chinesische Wirtschaft nicht mehr in die Höhe.

nicht aufgenommen, wohl aber die Mongolische Volksrepublik. Damit liess Moskau selbst demonstrierend das Argument fallen, das Comecon sei eben nur auf europäische Verhältnisse zugeschnitten.

Wie aber geht das weiter?

Rein wirtschaftlich scheint es eine fast zwingende Antwort zu geben. Die gewaltigen sowjetischen Einrichtungen in China würden in den nächsten Jahren fast wertlos werden, wenn die Ersatzteillieferungen stoppen sollten. Nicht nur käme der jetzige Ausfall an Lieferungen teuer zu stehen, auch die bisherigen Leistungen würden entwertet (ähnlich wie es Kuba mit den beschlagnahmten amerikanischen Einrichtungen geht!). Dazu wird die chinesische Ernährungslage in den nächsten Jahren prekär bleiben: Der Bevölkerungszuwachs ist grösser als der Lebensmittelszuwachs, selbst im Falle von guten Ernten. Die chinesische Abhängigkeit von der Sowjetunion müsste also logischerweise nicht abnehmen, sondern zunehmen.

Aber in diesem Kampf der Grossmächte ist die Wirtschaftslogik nur ein Aspekt. China hat auf andern Sektoren (siehe Beitrag über Asien) vollgewichtige Trumpfkarten. Und es spielt sie aus.

Aber nun stellt es sich heraus, dass es Genossen gibt, die zum Schluss gelangt sind, dass W. I. Lenin unrecht hat (mit dem Hinweis, die kommunistische Wirtschaftspolitik übe die «Hauptwirkung auf die internationale Revolution» aus).

Was ist das? Fehlendes Vertrauen in die Fähigkeit der Länder des Sozialismus, den Kapitalismus im ökonomischen Wettbewerb zu schlagen? Oder ist es die Position von Menschen, die, nachdem sie auf die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus stiessen, enttäuscht sind und keine Möglichkeit sehen, mit ihren ökonomischen Erfolgen durch das Beispiel des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus in ihren Ländern entscheidend auf die internationale revolutionäre Bewegung einzuwirken? Sie wollen die Revolution auf andern, wie ihnen scheint, kürzeren Wegen erreichen. Aber die siegreiche Revolution kann nur durch die Arbeit, ausschliesslich durch die Arbeit des Volkes, ihre Erfolge festigen und entwickeln, die Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus beweisen.

Aus dem «Offenen Brief» des ZK der KPdSU vom 14. Juli 1963.

Am extremsten im Ostblock:

Erziehung zum Kollektivleben in China

Eine der wichtigsten Grundideen der kommunistischen Theorie und Praxis ist der Kollektivismus und der Kampf gegen alle Erscheinungen des Individualismus im Privatleben des Einzelnen. In der Sowjetunion und den übrigen Ländern des Ostblocks entwickelte sich ein kompliziertes System für die Erziehung des «neuen Menschen» im Geiste des Kollektivismus. Als Mittel dieser Erziehung dienen die Kameradschaftsgerichtsbarkeit, die verschiedenen gesellschaftlichen Kommissionen und Organisationen und die Bewegung für die kommunistische Arbeit. Nirgends geht aber die Einschränkung des Privatlebens so weit wie in Volkschina, wo als Instrument zur «Verkolektivierung» und Gleichschaltung des Privatlebens die sogenannten «patriotischen Verträge» dienen. Diese sind eigentlich «freiwillige» Verpflichtungen einzelner Menschengruppen, Kollektive, Siedlungen oder Bezirke, «sozialistisch» zu leben, einander gegenseitig zu erziehen und zu kontrollieren. Die Bewegung für den Abschluss solcher «Verträge» wurde schon 1949 von der Partei organisiert und geleitet. Parteiorgane riefen Generalversammlungen für Betriebskollektive oder die Bevölkerung einer kleinen Ortschaft usw. auf, wo die erwähnten «Verträge» «abgeschlossen» wurden, d. h., die Verpflichtungen, die sozialistische Kollektive zu entwickeln, mussten angenommen werden.

Die Verpflichtungen teilen sich meist in drei Gruppen auf: patriotische, wirtschaftliche und private. Im ersten Teil erklären die Werktätigen, dass sie die allgemeine Parteilinie vorbehaltlos unterstützen, die sozialistischen Er rungenschaften verteidigen, gegen das «apolitische» Privatleben kämpfen werden usw. Im zweiten Teil verpflichten sich die Unterzeichneten, ein kommunistisches Verhältnis zur Arbeit zu zeigen, die Verletzungen der Arbeitsdisziplin zu bekämpfen und das sozialistische Eigentum zu schützen. Im dritten Teil wird versprochen, dass die Bürger ihr Privatleben nach den Prinzipien der «sozialistischen» Moral einrichten, Skandale vermeiden usw.

Die Einhaltung der Verpflichtungen ist Pflicht der Parteiorgane und vor allem der sogenannten «Volksuntersuchungskommissionen», welche sich aus den «Volksversöhnungskommissionen» als eine Art Volksjustiz entwickelten. An Forderungen der Mitglieder diesen Kommissionen gegenüber werden gestellt: Ergebenheit zur Parteipolitik, die Fähigkeit, parteigebundene Urteile zu fällen usw. Als Vorsitzender amtiert meist ein angesehener Partei- oder Staatsfunktionär. Die Gruppen der Untersuchungskommissionen sind in den einzelnen Produktionseinheiten (Brigaden, Werkstätten usw.) sowie in Hausblöcken usw. tätig.

Falls die im «patriotischen Vertrag» enthaltenen Verpflichtungen verletzt werden, kommt die Angelegenheit vor die Untersuchungskommissionen, welche vor der grossen Öffentlichkeit verhandeln. Sie rufen ferner systematisch Volksversammlungen zusammen («Tage des sozialistischen patriotischen Vertrages»), wo einerseits die Einhaltung der Verpflichtungen öffentlich geprüft, andererseits aber die Verpflichtungen im Sinne der neuen Parteipolitik geändert oder ergänzt werden.

Die Untersuchungskommissionen werden von den staatlichen Gerichtsorganen bzw. Verwaltungsorganen geleitet. Ihre Urteile können von diesen geändert werden, wodurch der für den «kommunistischen Aufbau» charakteristische «gesellschaftliche Zwang» durch staatlichen Zwang ergänzt werden kann.